

«Politikhandwerklicher Pfuscher» kommt durch

Jacqueline Badran hätte am liebsten ein dreifaches Nein gesehen, nachdem sie lange gegen die AHV- und die Verrechnungssteuer-Reform gekämpft hatte. Schliesslich blieb ein «viel zu knappes» Nein zur Teilabschaffung der Verrechnungssteuer.

Reto Zanettin

BERN. Noch am Samstagmittag twitterte Jacqueline Badran gegen die AHV-Reform, alle Unentschlossenen sollten ein zweifaches Nein in die Urne legen. Diese Vorlage sei polithandwerklicher Pfuscher. Es war freilich nicht die erste Wortmeldung der SP-Nationalrätin in diesem Abstimmungskampf. In der Arena des Schweizer Fernsehens duellierte sie sich mit Eveline Widmer-Schlumpf, der alt Bundesrätin und Stiftungsratspräsidentin von Pro Senectute, welche die Solidarität zwischen den Generationen hochhielt: «Wir möchten, dass unsere Enkel und Urenkel auch einmal eine AHV-Rente haben können.» Badran hielt dagegen, die Rentenhöhe sei das Hauptproblem der Schweiz, die Hälfte der Menschen lebten nach der Pensionierung mit weniger als 3500 Franken. «Das ist nicht existenzsichernd.» Die aktuelle AHV-Reform verschlimmere dieses Problem – und zwar ausgerechnet bei jenen, die am schwächsten dastehen, den Frauen. Das sei inakzeptabel, die Vorlage gehöre an den Bundesrat zurückgeschickt.

Ähnlich hielt sie es mit der Verrechnungssteuerreform. Hier werde eine weitere Salamischeibe abgeschnitten, wobei der Plan in Bundesbern sei: Kapital entlasten, Einkommen und Konsum besteuern. So steht es tatsächlich in einem Papier, welches Experten für das Eidgenössische Finanzdepartement geschrieben haben. In der Teilabschaffung der Verrechnungssteuer sah Badran zudem ein «Fenster zur Steuerhinterziehung». Die Vorlage habe keinen volkswirtschaftlich positiven Effekt, sie koste die Schweiz im Jahr sogar 800 Millionen Franken. Somit lag es auf der Hand: Die Sozialdemokraten werden nicht ohne Jacqueline Badran in die Schlussphase des Abstimmungskampfs starten.

Medienkritik

Sie werde um 12 Uhr im «Progr» sein, dem Kulturzentrum in Gehdistanz zum Berner Hauptbahnhof, schrieb sie, als die SN sie für ein Treffen am Abstimmungs-sonntag anfragte. Es wurde dann doch später als 13 Uhr, bis die Nationalrätin die

Treppen zum ersten Stock hochläuft. Sie weiss um die ersten Hochrechnungen: 55,9 Prozent für die höhere Mehrwertsteuer zugunsten der AHV, 52,1 Prozent für das höhere Frauenrentenalter und 50,3 Prozent für die Verrechnungssteuerreform – für die politische Linke zeichnet sich eine mehrfache Niederlage ab.

Badran steuert an allen Medienvertretern vorbei, mit dem «Nebenspalter» will sie gar nicht erst reden. Für andere nimmt sie sich Zeit. Den SN sagt sie: «Ich glaube, wir gewinnen beides.» Sie meint die AHV-Reform und die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer. Denn in den grossen Städten – Zürich, Bern, Basel, Lausanne – laufe die Auszählung noch. Dort stimmten die Bürgerinnen und Bürger eher Nein.

Abrupt wechselt sie zu einem aus ihrer Sicht wichtigen Thema, das «grosse Medienversagen» während des Abstimmungskampfs. Die Formel «Vorlage zur Erhöhung des Frauenrentenalters» lenke davon ab, worum es im Kern gehe, nämlich um die Finanzierung der AHV, um ökonomische Verhältnisse also. Das sei etwas anderes als die Rede von «Frauenbildern, antiquierten Rollenbildern und Gleichstellung». Badran denkt an einen Leitartikel des «Tages-Anzeiger». Darin war zu lesen, «die gleichstellungssensible Linke» kämpfe für «dieses Relikt aus dem tiefen letzten Jahrhundert». Gemeint war das niedrigere Pensionsalter für Frauen, das vor über 60 Jahre beschlossen wurde. Später ging der Leitartikel stärker auf die Finanzierung der ersten Säule ein. Diese sei aufgrund der Nonchalance der politischen Linken gefährdet.

Führt sie Jacqueline Badran davon angriffen, und war es nicht die Linke, welche mit «Bald bis 67 arbeiten?» auf Plakaten gegen die Reform antrat? Das Argument treffe an und für sich zu, es hätte aber besser erklärt werden sollen, findet sie. Korrekt sei es, weil bei einem Ja zum höheren Rentenalter, das Signal gesendet werde, die Bevölkerung wolle länger arbeiten und das Sozialwerk so stabilisieren.

SP-Sieg im Welschland

Es ist laut im «Progr». Neben uns feiert eine Gruppe von Sozialdemokraten und

«Jetzt machen wir aber das Gegenteil mit dieser Vorlage. Deswegen sind wir dagegen.»

Jacqueline Badran
SP-Nationalrätin

Gewerkschaftern aus der Waadt. Dort sprachen sich gemäss vorübergehender Schätzung rund 62 Prozent gegen das Rentenalter 65 für Frauen aus. Ähnlich sah es in den anderen Westschweizer Kantonen aus. Der Jura stach heraus – 70,9 Prozent sollten letztlich Nein sagen.

«Ich gehe jetzt zum SRF-Interview gegen Regine Sauter oberhalb vom Bahnhof». Unterwegs sprechen wir über die Zürcher FDP-Politikerin, die aus Schaffhausen stammt und nächstes Jahr in den Ständerat gewählt werden möchte. Rasch wird deutlich, Badran und Sauter haben das Heu zumindest politisch nicht auf der gleichen Bühne.

Wir erreichen die grosse Schanze, die sich beim Hauptbahnhof befindet. Eine Menge Menschen tummelt sich, aber weder Kameras noch Moderatoren noch Regine Sauter sind vor Ort. Die Sozialdemokratin telefoniert und deutet an, wir müssten umkehren, das Doppelinterview finde doch hinter dem Bundeshaus statt, also 10 Gehminuten in anderer Richtung. Gelegenheit, ein paar Worte zu wechseln. Wir sprechen über Cum-Ex-Geschäfte – dubiose Finanzgeschäfte, die den Fiskus teuer zu stehen kommen – und das Dokument des Finanzdepartements, das nach wie vor im Internet abrufbar ist. Eben: Kapital entlasten, während Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel eine zusehends höhere Mehrwertsteuer bezahlen sollen.

Die IT-Unternehmerin beobachtet diese Entwicklung schon länger und stemmt sich mitunter darum gegen die Verrechnungssteuerreform. Wie schon im Februar in der

Abstimmung über die Emissionsabgabe auf Eigenkapital sollte sie an diesem Sonntag erfolgreich sein. Im Laufe des Nachmittags kippte die Vorlage, eine Mehrheit von 52 Prozent lehnte die «Stärkung des Fremdkapitalmarktes» schliesslich ab. «Viel zu knapp», findet Badran.

Den Lohnfranken besser ausschöpfen

Der Techniker des Schweizer Fernsehens wartet bereits und führt Badran vor die Kamera, wo auch Regine Sauter steht. Inzwischen wissen die Politikerinnen, wie der Urmengang ausgehen wird. Die Freisinn-



sage sagt, man habe die AHV-Vorlage auf das Verhältnis Mann zu Frau zugespitzt. Dabei sei es um die Sicherung der AHV gegangen, die alle etwas angehe. «Jetzt werden Frauen gleich wie Männer mit 65 pensioniert, und das ist auch richtig – gleiche Rechte gleiche Pflichten.» Badran bekräftigt, es gebe ein «Problem mit den Renten des Lastwagenchauffeurs, des Metzgers, des Gewerbetreibenden, der Bäuerin und des Bauers», und es solle mehr Geld in die AHV fließen. An die Adresse der Freisinnigen sagt die in Sydney Geborene: «Sie wollen seit Jahr und

Tag nicht, dass man Lohnprozente vom BVG in die AHV schiebt.»

Genau das ist es jedoch, was Jacqueline Badran vorschlägt. Sie rechnet vor: Jedes Jahr flossen 66 Milliarden Franken in die zweite Säule, woraus eine mittlere Rente von 1700 Franken resultiere. In die erste Säule wanderten 35 Milliarden Franken pro Jahr, heraus käme eine Rente von 1800 Franken. «Wir schieben also deutlich mehr Geld ins BVG und bekommen dafür weniger Rente.» Ihre Aufgabe als Politikerin sieht sie allerdings darin, mit den vorhandenen Mitteln möglichst hohe Renten für

möglichst viele Menschen zu generieren. «Jetzt machen wir aber das Gegenteil mit dieser Vorlage. Deswegen sind wir dagegen.»

Am Ende des Tages reicht es nicht. Die Stimmbevölkerung sagt mit 50,6 Prozent Ja zum höheren Frauenrentenalter und befürwortet die höhere Mehrwertsteuer zugunsten der AHV mit 55,1 Prozent. Badran hätte sich, wenn schon ein Ja, ein deutlicheres gewünscht. Dann wäre es wenigstens klar gewesen. So bleibe das Gefühl, «wir hätten es doch noch herumreissen können».

Jacqueline Badran kämpfte gegen die AHV- und die Verrechnungssteuer-Reform.

BILD RZA

Eidgenössische Abstimmungen Resultate in den einzelnen Kantonen

	AHV 21		Zusatzfinanzierung der AHV		Verrechnungssteuerreform		Massentierhaltungsinitiative		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	%
Zürich	272 374	215 929	294 490	194 156	226 929	243 125	228 252	261 398	51,4
Bern	199 735	196 427	217 077	179 034	161 153	220 791	153 411	244 500	53,9
Luzern	93 074	63 685	97 725	59 129	80 546	70 166	50 890	107 050	56,4
Uri	7539	5660	7682	5499	6296	6383	3369	10 068	50,4
Schwyz	36 777	24 040	36 758	24 046	33 466	25 538	15 287	45 707	57,3
Obwalden	9552	6150	9659	6076	8845	6183	3778	12 161	59,4
Nidwalden	11 617	6337	11 759	6155	10 871	6472	4839	13 242	57,6
Glarus	6226	5806	6645	5398	5448	6207	4444	7660	45,7
Zug	29 137	15 682	29 845	14 675	27 190	16 245	14 808	30 100	57,8
Freiburg	44 284	25 922	53 899	57 817	46 814	59 509	30 500	82 215	53,6
Solothurn	46 423	45 836	48 928	43 529	40 564	48 974	34 805	57 930	51,1
Basel-Stadt	28 072	31 966	31 066	29 086	23 264	34 234	33 210	26 980	53,6
Baselland	48 872	46 923	53 112	42 770	42 583	49 359	38 050	58 017	51,7
Schaffhausen	17 336	17 353	19 153	15 859	15 990	16 572	14 162	21 204	68,6
Appenzell AR	12 874	8931	13 033	8769	10 800	10 070	7593	14 396	56,8
Appenzell AI	3980	2195	3847	2311	3610	2376	1358	4915	52,5
St. Gallen	97 061	71 039	100 125	68 103	86 110	76 207	56 701	112 288	51,5
Graubünden	38 590	30 089	40 092	28 392	34 904	30 522	24 053	45 118	49,7
Aargau	120 136	96 792	126 573	90 281	105 469	103 364	77 254	140 191	49,8
Thurgau	52 100	38 221	54 623	35 576	47 168	39 586	28 237	62 534	52,3
Tessin	49 785	66 118	58 581	56 913	56 067	55 548	39 932	75 784	52,4
Waadt	92 259	150 887	110 612	132 016	108 554	122 854	83 465	158 811	52,7
Wallis	49 903	60 943	55 677	54 751	52 547	54 684	26 544	84 415	49,7
Neuenburg	19 345	35 187	24 630	29 788	20 090	31 754	19 651	34 714	48,8
Genf	47 811	80 574	54 535	73 630	51 043	71 999	60 236	66 999	47,5
Jura	8240	20 057	10 659	17 616	9724	17 265	7845	20 565	53,2

Total	1 443 075	1 410 759	1 570 785	1 281 375	1 316 045	1 426 257	1 062 674	1 798 962	
Total %	50,6	49,4	55,1	44,9	48	52	37,1	62,9	52,3

Befürw. Stände	12 5/2	15 6/2	8 4/2	1/2	20 5/2
Verwerf. Stände	8 1/2	5	12 2/2	37,1	62,9

Eidgenössische Abstimmungen Resultate in den Thurgauer Gemeinden

	AHV 21		Zusatzfinanzierung der AHV		Verrechnungssteuerreform		Massentierhaltungsinitiative		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	%
Basadingen	331	334	390	279	305	315	241	434	55,7
Berlingen	219	139	220	139	192	157	119	241	61,4
Diessenhofen	590	470	625	412	583	435	384	685	50,6
Ermatigen	682	485	719	447	655	495	400	768	57,6
Eschenz	389	283	401	270	331	312	197	479	57,1
Hüttwilen	448	286	468	255	407	287	234	506	61,7
Mammern	131	86	128	86	119	96	63	156	57,5
Neuforn	305	183	309	181	249	220	133	356	61,2
Sälenstein	311	205	319	197	304	203	172	347	60,9
Schlatt	339	351	380	309	317	348	205	487	54,8
Steckborn	690	543	739	485	647	542	464	768	51,6
Wagenhausen	321	320	313	323	271	333	231	411	57,6

Nach dem knappen Ja zur AHV-Reform: Hat Rentenalter 66 jetzt überhaupt noch eine Chance?

Nach einem Vierteljahrhundert gelingt endlich eine AHV-Reform – gegen den Widerstand der Linken. Das hat Auswirkungen auf die nächste Reform.

Maja Briner

Es hätte ein grosser Triumph werden können. Die Bürgerlichen schafften es endlich, eine Sozialreform gegen den Widerstand von SP und Gewerkschaften durchzubringen. Doch so sehr sich die Bürgerlichen freuten, nach einem Vierteljahrhundert eine AHV-Reform geschafft zu haben: Für ein rauschendes Fest fiel das Resultat zu knapp aus – viel knapper als es die Umfragen im Vorfeld hatten erwarten lassen.

50,6 Prozent sagten Ja zur AHV-Vorlage. Das Rentenalter der Frauen steigt damit auf 65, die Übergangsgeneration erhält im Gegenzug einen Rentenzuschlag. Weiter wird der Rentenbezug für Männer und Frauen flexibilisiert. Das wichtigste Sozialwerk erhält zudem mehr Geld: Das Stimmvolk sagte mit 55,1 Prozent Ja zur Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 8,1 Prozent.

Für die Bürgerlichen ist es ein lang-ersehnter Sieg. Die Blockademacht der Linken wurde durchbrochen – wenn

auch knapp. «Das Resultat zeigt, dass auch ein bürgerlicher Kompromiss in der Sozialpolitik vor dem Volk Bestand haben kann», sagt FDP-Präsident Thierry Burkart.

Das ist ein Fanal für die nächste Reform, die bereits in den Startlöchern steckt. Das Parlament hat dem Bundesrat den Auftrag erteilt, bis Ende 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit ab 2030 vorzulegen. Hängig sind zudem zwei Volksgehren: die Renteninitiative der Jungfreisinnigen und die Initiative für eine 13. AHV-Rente der Gewerkschaften.

Initiative der Jungfreisinnigen

Damit kommt ein heisses Eisen wieder auf den Tisch – die Frage des Rentenalters. Die Initiative der Jungfreisinnigen fordert, dass dieses zunächst schrittweise auf 66 Jahre steigt und danach an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab; er hielt aber fest, die Forderung nach einer Erhöhung des



FDP-Parteipräsident Thierry Burkart und Mitte-Nationalrätin Marianne Binder-Keller freuen sich über die Resultate.

Rentenalters sei «grundsätzlich berechtigt».

Das knappe Resultat vom Sonntag werten insbesondere linke Politiker und Politikerinnen jedoch als klares Zeichen, dass eine Erhöhung des Rentenalters nicht mehrheitsfähig ist. «Das Ergebnis zeigt, dass eine Rentenaltererhöhung der falsche Weg ist», sagt Gewerkschaftsboss und SP-Nationalrat Pierre-Yves Maillard. Er verweist dar-

«Eine Erhöhung des Rentenalters ist tabu. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist chancenlos.»

Barbara Gysi
SP-Sozialpolitikerin

auf, dass laut Umfragen die Frauen als Direktbetroffene mehrheitlich gegen die AHV-Vorlage waren. Bei einer generellen Erhöhung des Rentenalters wäre

die Opposition noch stärker, glaub Maillard.

SP-Sozialpolitikerin Barbara Gysi sagt: «Eine Erhöhung des Rentenalters ist tabu. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist chancenlos.»

Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, widerspricht. Man könne aus dieser Abstimmung nicht schliessen, dass eine Erhöhung des Rentenalters politisch nicht mehrheitsfähig sei, sagt er. «Wichtig ist, dass wir die linke Vetomacht durchbrechen konnten. Jetzt ist der Weg frei für konstruktive Diskussionen.» Die Jungfreisinnigen hätten mit der Initiative einen Vorschlag vorgelegt. Müller betont: «Wir wollen in Zukunft null Defizite in der AHV.»

Die Initiative bietet dem Parlament die Möglichkeit, das Heft in die Hand zu nehmen: Gewisse Bürgerliche Hebeln damit, einen Gegenvorschlag dazu zu zimmern. Andere warnen hingegen, man dürfe nicht überborden. Konsens besteht, dass es eine weitere

Reform braucht, damit die AHV auch in den 2030er-Jahren auf stabilen finanziellen Füssen steht. Die Ausgaben wachsen, weil die geburtenstarken «Babyboomer»-Jahrgänge nun in Pension gehen und die Lebenserwartung steigt.

Zwei Ideen im Vordergrund

Wie genau eine Reform aussehen soll, ist aber noch offen. Zwei Ideen stehen derzeit im Vordergrund – eine Art Schuldenbremse oder das Modell der Lebensarbeitszeit. Für Ersteres werben vorab Stimmen aus FDP und SVP: Wenn sich abzeichnet, dass die AHV in Schiefelage geraten wird, würde die Politik gegen automatisch gewisse Massnahmen in Kraft treten.

Eine andere Option bringt insbesondere die Mitte-Partei ins Spiel: die Einführung einer Lebensarbeitszeit. Jemand, der mit 16 eine Lehre gemacht hat, könnte damit früher in Pension gehen als jemand, der nach einem

Studium erst mit 25 ins Berufsleben einsteigt. Mitte-Nationalrätin Ruth Humbel sagt: «Dank dem Ja zur AHV-Vorlage haben wir nun Zeit, das Modell der Lebensarbeitszeit vertieft zu prüfen.» Das sei ein interessanter Ansatz, heisst es von linker Seite. Sie fordert aber insbesondere auch Rentenerhöhungen.

Alle Augen auf der zweiten Säule

Als Erstes richten sich die Blicke nun aber auf die Reform der zweiten Säule. Im Abstimmungskampf betonten die Befürworter, die Rentensituation der Frauen müsse in der beruflichen Versorgung verbessert werden. Das implizite Versprechen: Frauen müssen ein Jahr länger arbeiten, werden dafür aber in der zweiten Säule besser abgesichert. Denn heute erhalten Frauen im Schnitt rund ein Drittel weniger Rente als Männer: viele Frauen haben keine zweite Säule.

Diese wichtige Reform kam zuletzt nicht vom Fleck.

In der Wintersession, beginnend am 28. November, soll sich nun der Ständerat damit beschäftigen. Insbesondere Personen, die Teilzeit arbeiten oder

«Dank dem Ja zur AHV-Vorlage haben wir nun Zeit, das Modell der Lebensarbeitszeit vertieft zu prüfen.»

Ruth Humbel
Mitte-Nationalrätin

wenig verdienen, sollen bessergestellt werden. Strittig ist vereinfacht gesagt, ob sie selber mehr ansparen sollen oder ob ihre Renten durch Umverteilung aufgebessert werden sollen.

Die Zeichen stehen derzeit auf der ersten Variante, die Linke pocht auf die zweite. Gut möglich also, dass das Stimmvolk dereinst das letzte Wort hat – und die Blockademacht der Linken erneut geprüft wird.